

Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint zweiwöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 480 Mk. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Verbandsstelle in
Leipzig, Zeiser Straße 30, IV.,
(Volkshaus) Aufgang Boder C. — Tel. 27 503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 200 Mk. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einbindung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 12/13

Sonnabend, den 31. März 1923

27. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Kaufende Notizen unter: „Gesperre“, „Streik“, „Zugzug fernzuhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrenotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperre geschildert wird.

Gesperre:

In **Bremen**, die Grabsteingeschäfte von Traupe, Eggert, Riedel, Kurt und Winter. In **Dortmund** sämtliche Betriebe der Grabmal- und der Bausteinwerkgruppe. In **Leer** (Ostfriesland) die Arbeitsplätze von Kanning und Karl Kempen. In **Fürstentum** die Firma De Laß u. Co., Blastersteinbetriebe (Kleischmannbruch und Renholding). In **Großlungsdorf** die Firmen Franz Hellmann und Alois Dittrich. In **Halle** (Platz Gelleri u. Co.). In **Dramburg** Firma Narius. In **Breslau** Firma Kossi-Mel. In **Dettmold** (Lippe) die Firma Karl Meyer u. Sohn. In **Laucha** bei Jena die Firma Heinisch. In **Raumburg** die Firma Horn, Betrieb Scheiplich. In **Braunlage** die Firma Gildenberg u. Frühlingsdorf, Granit- und Schotterwerk.

Streik:

In **Metten** und **Ebenkette** (Aussperrung). In **Steinach** bei der Firma A. Kleinert u. Sohn. In **Dreihausen** (Firma Schneider). In **Berlin** (Werkstein). In **Böbau-Dypach** (Firmen Stumpff, Leuschner und Brendler). In **Danzig** (bei einzelnen Firmen).

Zugzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik von **Liegnitz** (Firmen Herm. Wagner und Wilhelm Horn). Von **Vaderborn** (Firma Gebr. Spalthoff). Von **Bedum** in Westfalen (Firma Jos. Sinnemann). Von **Wissberg** und Umgebung. Von **Brieg**, Bezirk Breslau. Von **Werdau** a. S. (Firma F. Gruber). Von **Thibbühren**, von **Osabrück**, von **Augsburg**, von **Kranfurt a. Oder**, von **Hirschberg** und **Jannowitz** in Schlesien. Von **Chershausen**.

Erledigte Bewegungen.

Bielefeld, Sperre. **Neubau** Deutsche Bank ist aufgehoben.

Osterwunsch.

Laß das alte Wunder dich ergötzen:
Wie die winterdunkle Welt
Strahlend wieder sich erhellt
Und die ersten Knospen reifen.

Wie die Tiefe sich bewegt
Und die Wurzeln freudig schwellen;
Wie in den verborgnen Quellen
Stürmisch junge Kraft sich regt.

Deffne deines Herzens schwere Tore:
Seine Flügel dehne weit,
Lächelnd auch zu deinem Ohre
Neige flüsternd sich die Zeit.

Von Geheimnis trunken sind die Tage;
Zauber spinnt in ahnungsvollen Nächten.
Wehe, wenn sie deiner Plage
Nicht auch frohe Botschaft brächten!

Fühle dich nur ganz verbunden
Allen schaffenden Gewalten.
Erde will sich neugefalten.
Erde find auch deine Stunden.

In der Ferne goldenlicht
Leuchtet brotschwer das Gelände ...
Deine rauhen Arbeitshände
Segne dir das Osterlicht.

Eruft Brezang.

Ostern.

Am Schluß der letzten Märzwoche werden die Gloden klingen, um religiöse Festtage einzuläuten. — Ostern. Viele Volksgenossen heugen sich in alter Ueberlieferung, mehr aus Gewohnheit, wie aus innerer Ueberzeugung heraus, der religiösen Auferstehungslegende; denn die christliche Religion und noch mehr die Kirche haben es sehr gut verstanden, ihre periodischen Feste mit ganz natürlichen Vorgängen in der Naturentwicklung zu verbrämen, um damit bei der Masse der sogenannten Gläubigen und den gewohnheitsmäßigen Mitläufern eine Art Selbstverständlichkeit zu erzeugen, die der Kirche und ihren Eiferern die Gefolgschaft sichert. Ostern ist das Fest der Auferstehung in der christlichen Religionslehre; an der „Auferstehung“ wird festgehalten, trotz fortschreitender Vernunft und Erkenntnis, und ganz Unmögliches wird mit viel Kraftaufwand in Wort und Schrift als wahr, als tatsächliche Begebenheit bezeichnet. Der mythische Glaube übertrumpft Vernunft und Erkenntnis. Wenn auch viele Volksgenossen sich von diesem Widerspruch freigemacht haben, so sind es ihrer aber noch viele, sehr viele, die an dem mythischen Glauben festhalten und ganz empört tun, wenn andre gegen das Unmögliche mit dem gesunden Menschenverstand ankämpfen.

Wir haben schon in früheren Jahren bei mancher Gelegenheit auf den Dogmenglauben, den die Kirche mit den regelmäßig wiederkehrenden Jahresfesttagen recht geschickt verflochten hat, hingewiesen. Neues läßt sich kaum dazu sagen, deshalb mag dieser kurze Hinweis auf die religiösen Ostertage genügen. Wir haben auch aufrichtige Freude, daß die Zahl der Volksgenossen, die sich von der übernatürlichen und altüberlieferten Kirchenlehre freimachen, immer größer wird. Was einst eine mächtige, aufwühlende Volksbewegung war, wird im Laufe der kommenden Jahrzehnte mehr und mehr zu einer zusammenhängenden Sektierererei werden; daran können Kirche und ihre Eiferer nicht das geringste ändern, das arbeitende Volk jedoch zur Beschleunigung viel beitragen.

Ostern hat für uns in erster Linie Bedeutung als Auferstehungsfest in der Natur. Flüsse und Bäche sind vom Eise frei, frisches Grün sproßt aus dem Erdboden und aus den Zweigen. Die Sonne wärmt wieder, und mit diesen Vorgängen zieht frisches Leben,

größere Hoffnung, Freude und mehr Beweglichkeit in jedes Lebewesen ein. Der März als Kampfmonat hat in fortwährendem Ringen und mit wechselndem Erfolg, doch immer mehr an Boden gewinnend, über den Tyrannen der Natur — dem Winter — gestiegt und man kann mit Recht sagen: Ostern ist in der Natur die erste Etappe des endgültigen Sieges über den Winter! Eine Tatsache, die, besonders das arbeitende Volk erfreut. Das „Warum?“ braucht gewiß nicht eingehend erörtert zu werden; denn nur zwei Worte, die Kleidung und Heizung, sagen es jedem, der es noch nicht wissen sollte.

Und doch wird die Hoffnung, Freude und Beweglichkeit, die jeder beim Höhersteigen der Sonne empfindet, wesentlich gemindert, wenn man an die Not und den sonstigen Druck denkt. Alles lastet besonders schwer auf dem arbeitenden Volk. Die furchtbare Kriegsfurie hat noch nicht ausgerast, sie hat es tatsächlich auf das deutsche Volk abgesehen. Trotz aller Arbeit wird es seines Lebens nicht froh; es kämpft um seine nackte Existenz und lebt notdürftig von der Hand in den Mund. Landsleute im eigenen Lande tragen dazu bei, daß die Lasten und der Druck größer und das Leben immer unträglicher wird (Steuern und Verteuerung der Landesprodukte). Andern wieder gefällt nicht die innere Staatseinrichtung, sie spielen fortwährend mit dem Feuer des Bürgerkrieges, sie erstreben die frühere Herrschaft wieder, wo „Macht vor Recht“ in einem viel schlimmeren Maße ging wie heute. Diese gefährliche Spielerei und die sonstige Belastung sind auf die Dauer nicht zu ertragen, und wehe allen im eigenen Lande, die dazu beitragen, die Zustände immer mehr zu verschärfen. Für diese könnte es eines Tages ein furchtbares Erwachen geben; denn die Geduld des arbeitenden Volkes ist nicht unermeßlich! So wie es in der Natur um Ostern herum neues Erwachen, neues Leben gibt und das Joch des Winters abgestreift wurde, wird schließlich dem arbeitenden Volke nichts anderes übrigbleiben als ebenso zu handeln, wenn nicht beizeiten eine Einkehr der Volksschädlinge erfolgt.

Ostern bringt auch dem einzelnen unter den Volksgenossen manche Begebenheit. Der Nachwuchs kommt in die Schule oder auch beendet die langen Schuljahre, wird entlassen und nimmt den Kampf ums Dasein auf, wird einrangiert in Fabrik, Werkstatt oder Kantor. Einige vom Nachwuchs haben ihre vorgeschriebene Lehrzeit beendet. Für alle diese bringt das Osterfest einen neuen Lebensabschnitt. Mühselig haben manche Proletariatskinder ihrem Nachwuchs die Möglichkeit zu diesem und jenem geschaffen. Persönliche Sorgen, Not und Erbitterungen wurden nicht gespart, um am Osterfest den Kindern den Übergang in den neuen Lebensabschnitt zu erleichtern. Hoffnung auf die Zukunft hat über manche Schwierigkeit hinweggeholfen; denn trotz aller Not und Enttäuschung im Leben des einzelnen oder in der Gesamtheit des Volkes wird mit einem gewissen Vertrauen in die Zukunft geblickt. Ist sie auch wenig verbesserungswillig, so darf jedoch das Vertrauen in die eigene Kraft und in die des arbeitenden Volkes nicht schwinden.

Ostern, das Fest der Auferstehung in der Natur, kann keine Kopfhänger gebrauchen, deshalb sind auch keine Tage so geeignet zur Werbung neuer Streiter und Mitglieder wie die Osterfesttage. Ostern als Fest- und Ruhetage dienen dem organisierten Arbeiter nicht zum Nachgrübeln und Nachbeten kirchlicher, religiöser Legenden, sie sollen vielmehr der Befestigung in der Erkenntnis dienen, daß ebenso wie in der Natur auch in der menschlichen Gesellschaft eine Erneuerung kommen muß und kommen wird. Nicht von heute auf morgen, aber sie kommt und beseitigt die üblen Zustände von heute, die durch den außerpolitischen Druck und innerpolitische Maßnahmen begünstigt und gefördert werden.

Einheitliche und gleitende Unterstütlungs-läge.

(F. K.) Die Geldentwertung hat weite Schichten der Bevölkerung verarmt. Wurde früher aus öffentlichen Mitteln nur die Fürsorge auf Grund des Unterstütlungswohnstütlungsgelezes (die Armenpflge) betrieben, so mußte mehr und mehr die öffentliche Hilfe weiteren Gruppen von Hilfsbedürftigen zugewendet werden. So entstanden die Erwerbslosenfürsorge, die Notstandsmahnahmen für Empfänger von Renten aus der Invaliden-, Hinterbliebenen- und der Angestelltenversicherung, und die Kleinkapitalrentnerfürsorge. Die Fürsorgeeinrichtungen für alle diese Gruppen sind verschiedene. Die Armenpflge ist nach wie vor der örtlichen Regelung überlassen. Zwar ist nach Unterstütlungswohnstütlungsgeleze jedem Hilfsbedürftigen dienliche Hilfe zu gewähren, die zur Beseitigung seines Notstandes erforderlich ist, aber welchen Umfang diese Hilfe im Einzelfall besitzen muß, ist doch recht verschiedener Auffassung unterworfen. In der Vorkriegszeit hatten sich bestimmte, ziemlich gleichmäßige Leistungen und Unterstütlungsgeleze herausgebildet, durch die sich überwindenden wirtschaftlichen Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit ist jedoch jede Einheitlichkeit verloren gegangen. Die Leistungen der Armenfürsorge in den einzelnen Orten weisen zur Zeit die denkbar größten Verschiedenartigkeiten auf. Das ergibt manche Reibungsfläche und Schwierigkeit.

Die Unterstütlungsbeträge für die Erwerbslosen werden von Zeit zu Zeit vom Reichsarbeitsministerium in der Gestalt von Höchstlügen, abgestuft nach den Alters- und Familienverhältnissen der Erwerbslosen, festgelegt. Die Bemessung geschieht vollkommen unabhängig von dem Maße der Unterstütlungen in andern Fürsorgeeinrichtungen. Nicht selten stehen sie hinter diesen zurück, sogar häufig auch hinter den Unterstütlungsleistungen der Armenfürsorge. Die Folge ist, daß den Arbeitslosen noch Armenunterstütlung gegeben werden möchte. Das Existenzminimum der Sozialrentner wird vom Reichsrat unter Zustimmung des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages festgelegt. Auch diese Festlegungen geschehen von Zeit zu Zeit selbständig und mehr oder weniger zufällig. Auch zwischen diesen festgelegten notwendigen „Gesamtbetrügen“ und der Armenfürsorge und der Erwerbslosenunterstütlung bestehen meist recht erhebliche Unterschiede. Meist ist wieder die Sozialrentnerfürsorge minderwertiger als die der genannten andern beiden Fürsorgeeinrichtungen. Was ist schließlich die Kleinkapitalrentnerfürsorge angeht, so ist diese überhaupt in keine bestimmte Ordnung gebracht. Es sind hier bis jetzt immer nur willkürliche, einmalige „Zuwendungen“ gemacht worden. Zur Zeit ist zwar ein Geleze über diese Notstandsmahnahme in der Vorbereitung; der Entwurf läßt aber

ebenfalls jede Verbindung mit den sonstigen Fürsorgeeinrichtungen vermissen. Das ist alles bedauerlich; es müßten die Unterstütlungsgeleze einander angeglichen werden. Am besten ist es, es wird ein Existenzminimum gefunden (etwa in der Form, wie es für die Sozialrentner besteht), das dann auch für die übrigen Fürsorgegeleze maßgebend ist. Dieser unerläßliche Gesamtbezug müßte in der Form so gehalten sein, daß er allgemein angewendet werden könnte. Namentlich müßte er natürlich auch dem Geldwert fortlaufend angepaßt werden. Bei seiner Festlegung müßten die Indizes über die Lebenshaltungskosten mit zur Grundlage genommen werden.

Ein solcher Normalmaßstab würde vor allem der Armenpflge wertvolle Dienste leisten. Es müßte auch hier zur Anwendung kommen. Die Behauptung ist unzutreffend, daß die örtlichen wirtschaftlichen Verhältnisse so grundverschieden untereinander sind, daß die heutige außerordentliche Differenzierung gerechtfertigt wäre. Gewiß werden im einzelnen Unterstütlungsfall die wirtschaftlichen und Familienverhältnisse verschieden sein. Aber darauf muß bei der Festlegung im einzelnen Fall Rücksicht genommen werden können, genau so, wie es in der Sozialrentnerfürsorge angängig ist und in Wirklichkeit auch geschieht. Heute schon haben eine ganze Anzahl von Städten das Existenzminimum aus der Sozialrentnerfürsorge auch für die Armenpflge zur Anwendung gebracht. Es müßte nur für diese Zwecke etwas beweglicher sein. Es steht dann den Gemeinden frei, für die Armenpflge noch einen Mindestunterstütlungsatz zu finden (z. B. den Wertbeitrag des Brotes, das ein Hilfsbedürftiger braucht). Innerhalb dieser Höchst- und Mindestgrenzen könnte dann die Armenunterstütlung nach der Lage des einzelnen Falles festgelegt werden, damit würde die Tatsache, daß es in vielen Gemeinden noch höchst ungenügende Unterstütlungsgeleze gibt, wenigstens voraussichtlich gemildert. Der Umstand, daß viele Gemeinden Naturalleistungen an die Hilfsbedürftigen gewähren, steht einer solchen mehr einheitlichen Regelung nicht entgegen. Ist es doch angängig, diese dann zum Selbstkostenpreis auf die Barbeiträge anzurechnen. Wenn die Festlegung der Armenfürsorge im einzelnen Fall der rein subjektiven Auffassung der Organe der Armenpflge (meist ehrenamtliche Helfer) ein wenig entzogen wird, so ist das übrigens kein Unglück. Es ist bekannt, daß hier vielfach Mißstände zutage treten sind. Wenn dann noch die Armenpflge dadurch eine Vereinfachung erfährt, daß der Begriff des Unterstütlungswohnstütlunges und damit der gegenseitigen Erstattungen der Armenverbände untereinander aufhört — wie es jetzt die Gesetzgebung beabsichtigt — so fügt sich dann auch hierdurch die Armenfürsorge mehr in den Rahmen der staatlichen Hilfsaktion für die Hilfsbedürftigen ein. Es ist dann leicht angängig, daß der Staat den Gemeinden Zuschüsse für ihre Aufwendungen an die Hilfsbedürftigen, die lediglich der Armenpflge unterliegen, gewährt. Vielleicht ließe sich dann auch für die Armenunterstütlung eine andre Bezeichnung finden.

Aus den Zahlstellen.

Wölferbütt. In der am 10. Februar stattgefundenen Versammlung hatten wir die Freude, unsern Gauleiter Koll. Schlegel kennenzulernen. Die Kollegen der Zahlstelle waren fast vollständig erschienen, sie kamen alle auf ihre Rechnung, denn sein Vortrag: „Die wirtschaftliche Lage Deutschlands und die Löhne in der Steinindustrie.“ bot viel Interessantes und Belehrendes. Schade war es, daß solch ein Vortrag nur vor einer verhältnismäßig kleinen Zuhörerzahl gehalten wurde, er gehörte mehr vor die breite Öffentlichkeit. Kollege Schlegel gab auch Einblicke in seine Tätigkeit, so daß wohl mancher Kollege eines Besseren belehrt wurde. — Daß man mit dem Ergebnis der letzten Lohnverhandlungen sich abfinden mußte, sei nur nebenbei bemerkt. Zufriedenheit löste es nicht aus. Die Schuld liegt aber nicht am Koll. Schlegel, der ja sein möglichstes getan hatte, sondern daran, daß die Herren Unternehmer kein Empfinden haben für die wirtschaftlichen Nöte der Arbeiter. Einen Wunsch an dieser Stelle, daß es dem Gauleiter möglich sein möchte, öfter die Vereine zu besuchen; die Früchte würden sich bald zeigen. Daß die Kollegen in Wölferbütt für diesen Besuch dankbar waren, wird Kollege Schlegel selbst empfunden haben. Auch lohnte reichlich Beifall seine trefflichen Ausführungen.

Floß. Jahresversammlung am 4. Februar 1923. Der Vorsitzende Färber gab einen kurzen Bericht über das verlossene Jahr, der Kassierer Koll. Wirth hierauf den Kassenericht, der von den Revisoren für richtig befunden und Entlastung erteilt wurde. Vorsitzender, Kassierer und Schriftführer wurden wiedergewählt. Ebenso bleiben die alten Revisoren in ihrem Amt. Der Vorsitzende gab hierauf den Bericht von der Kartellkonferenz. Hervorgehoben wurde die Beitragserhöhung für Kartell und Sekretariat. Diese beträgt ab 1. Januar 1923 pro Mitglied und Woche 3 Mk. Als Delegierte wurden gewählt die Koll. Hans Sommer, Hans Reber, Franz Beck und Joh. Lippe rt. Unter Wünsche und Anträge wurde auch der Verbandsbeitrag besprochen. In Anbetracht der schlechten Geschäftslage wurde diesmal von einer Erhöhung Abstand genommen, da schon eine ganze Reihe von Kollegen verkürzt arbeiten. Das Zurücktreten von einer höheren in eine niedrigere Klasse mit sofortiger Wirksamkeit der Unterstütlungsgeleze wurde einer scharfen Kritik unterzogen und daselbe als ungerecht und als Härte bezeichnet. Mit einem Appell an die Kollegen, die Versammlungen in Zukunft besser zu besuchen, schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

Erfurt. Berammlung am 13. Februar. Nachdem die Tarifkommission durch Wahl des Koll. Hopp ergänzt worden, ergrieff der anwesende Gauleiter Koll. Schlegel das Wort, um sich der Berammlung vorzustellen und sich dann gegen einen im „Steinarbeiter“ erschienenen und ihn berührenden Bericht zu beschweren. Nachdem nun der Kollege den Zweck seines damaligen Besuchs in Erfurt aufklärte, daß es sich um eine Seeberger Angelegenheit betriebs mangelhafter Lohnzahlung gehandelt, waren die Erfurter Kollegen im Bilde. Um einem späteren ähnlichen Fall, der, wenn auch unbeabsichtigt, Mißtrauen erregen muß, vorzubeugen, empfiehlt es sich, vorher mit dem Vorstand möglichst Fühlung zu nehmen. — Hierauf führte Koll. Schlegel noch an, daß er in Erfahrung gebracht habe, daß in Erfurt in einigen Geschäften gleiche Verhältnisse herrschten, wie auf dem Seeberg, doch davon wäre nichts im „Steinarbeiter“ zu lesen. Dieser Vorwurf ist wohl berechtigt. Im Punkt Beitragsregelung wurde erst ein Schreiben vom Zentralverband verlesen, worin unter anderem unsere Zahlstelle bezeugt wird, nicht den verlangten vollen Stundenlohn nach Leipzig abgeführt zu

haben. Gegen dieses erheben die Kollegen einstimmig Protest. Unsere Zahlstelle hat letztes Jahr und jetzt noch unter sehr schlechter Konjunktur zu leiden gehabt, auch werden wir gegenüber andern Gewerkschaften so minimal entlohnt, daß es uns zum größten Teil unmöglich ist, größere Opfer zu bringen, um unsre Arbeitslosen und Kranken usw. zu unterstützen. Deshalb behielten wir etwas mehr (?) in der Kasse zurück. Ob das Beitrags ist, mag die Allgemeinheit entscheiden. Jedenfalls muß ein arbeitsloser oder kranker Kollege bei der zentralen Unterstützung verzögern. Nachdem unser Gauleiter nach verschiedenen Auseinandersetzungen mit einzelnen Kollegen hatte und sich auch gegen eine Anlehnung an den Bauarbeiterverband ausgesprochen, wurde beschlossen, von der 8. Woche ab statutarisch nach Leipzig abzuführen. Wegen der Anlehnung an den Bauarbeiterverband sind wir jedoch der Meinung, daß es das vergangene Jahr doch gut war, daß wir tariflich angeschlossen waren, denn bei den stetig steigenden Preisen und Löhnen wären wir infolge unsrer schlechten Konjunktur ohne jedesmaligen Kampf nicht durchgekommen. Gegen den 14. Beitrag wurde jedoch einstimmig Protest erhoben und glauben wir uns mit vielen Zahlstellen einig, wenn gegen die fernere Erhebung dieser Extrasteuer Einspruch erhoben wird. Zum Schluß wird noch gegen Einsetzung von auswärtigen Kollegen gesprochen, bevor die hiesigen arbeitslosen Kollegen untergebracht sind.

Bezirkskonferenz der Sandsteinarbeiter in der Pfalz. Am 18. Febr. tagte in Kaiserslautern eine Bezirkskonferenz der pfälzischen Sandsteinarbeiter zwecks Aufstellung eines neuen Bezirksstatutes für die Sandstein-Marmor- und Grabmalbranche. Kollege Sarfert schildert die neue Vorlage ausführlich und kommt auch auf die von den einzelnen Zahlstellen gestellten Anträge zu sprechen. Am Schluß seines Vortrages kommt der Gauleiter auch auf die Beschwerden der einzelnen Zahlstellen zu sprechen gegenüber der Gau- und Bezirksleitung. Redner weist diese Beschwerden als unberechtigt zurück und hofft, daß die Kollegen, ehe sie den Beschwerdeweg beschreiten, erst bei der Gau- bzw. Bezirksleitung Erlundigung einholen sollen. Die Diskussion eröffnete Kollege Weiß, Dürkheim. Er berichtet über den Verbleib der Beschwerde und erklärte sich mit dem Gauleiter einverstanden. Nachdem noch verschiedene andere Redner zum neuen Tarif gesprochen hatten, stellte der Bezirksleiter die Beschwerde richtig; er erklärte, daß der Lohn im Monat Januar erst am 13. vor dem Schlichtungsausschuß Kaiserslautern durch Schiedspruch geregelt wurde und sei es erklärlich, daß man am 1. oder 2. noch nicht weiter berichten könne. Die Arbeitgeber lassen sich erst durch Schiedspruch zwingen, das wird für die Zukunft noch öfter vorkommen. Zum 2. Punkt der Tagesordnung bespricht der Gauleiter die schwierige Gestaltung der Durchführung eines Stundenlohnes als Wochenbeitrag. Derselbe führte aus, daß der Stundenlohn stets in der 1. bzw. 2. Woche im Monat festgelegt werde und es deshalb schwierig sei, für denselben Monat die Wochenbeiträge festzusetzen. An Hand von Beispielen weist Sarfert hin auf einige Erleichterungen und hofft, daß die Zentral- wie Gauleitungen nicht die Zwangsmaßnahmen ergreifen müssen, für jene Zahlstellen, die sich drücken. Des weiteren teilt Sarfert mit, daß im 6. Gau die Beitragsleistung gut sei und Anlaß zur Beschwerde in dieser Richtung nicht bestehe. In der darauf folgenden Diskussion wurde im allgemeinen die Erhöhung des Beitragsbeitrages besprochen und ein Antrag der Zahlstelle Lautereden auf 10 Mark pro Beitragsmarke angenommen. Der Gauleiter kommt am Schluß auf die Zusammenarbeit zu sprechen und hofft, daß die Kollegen von dem Ergebnis zufrieden sind und in den Zahlstellen demgemäß Bericht erstatten. Bezirksleiter Probst dankt den Kollegen vor allem den anwesenden Kollegen von Kaiserslautern und gibt dem Wunsch dahin Ausdruck, daß es beim diesmaligen Abschluß eines Bezirksstatutes besser klappen möchte, als bei dem Vorhergehenden und daß es nicht zu Zwangsmaßnahmen zu kommen braucht.

Wirtschaftliche und soziale Wochenchau.

Die von der Ruhrbefreiung ausgehenden weltwirtschaftlichen Störungen treten besonders in den Ländern des europäischen Kontinents von Tag zu Tag schärfer in die Erscheinung. Die französische Eisenindustrie steht infolge Rohstoffmangels genötigt, Hochofen und Walzwerke stillzulegen. Ganz besonders hart ist das Wirtschaftsleben Elsaß-Lothringens betroffen, das trotz der politischen Trennung bisher noch immer in ziemlich lebhaften Beziehungen zum deutschen Wirtschaftsgebiet stand. Neben der lothringischen Montanindustrie ist vor allem das elassische Textilgewerbe, dem die deutschen Aufträge fehlen, ernstlich geschädigt. Belgien leidet ebenfalls unter Mangel an Kohle und Koks und hat deshalb, zum Ärger der Franzosen, die Kohlausfuhr verboten. Die luxemburgische Montanindustrie verankert ihrer Zugehörigkeit zum französisch-belgischen Wirtschaftsgebiet die betrübliche Tatsache, daß sie ihre Betriebe ebenfalls einschränken und sogar stilllegen muß. In Holland regt sich ernster Unwille gegen die rückfällige Unterbindung der Kohlenzufuhr aus dem Ruhrgebiet durch die Franzosen und gegen die schweren Störungen, die von dem Einmarsch in das rechtsrheinische Gebiet überhaupt ausgehen. Man glaubte vor wenigen Monaten in Holland, daß man die schwere Industrie- und Handelskrise, die dort seit Jahr und Tag herrschte, beinahe überwunden habe, und sieht jetzt erneut alle Hoffnungen auf eine baldige Genesung dahinschwinden. In einer ganz ähnlichen Lage befindet sich die Schweiz, die sowohl unter Kohlenmangel wie unter den Rückwirkungen der Weltwirtschaftsstörungen in Baden und im Rheinlande ernstlich zu leiden hat. Besondere Schwierigkeiten bieten sich hier der Verladung von Exportgütern nach Holland, Belgien und den überseeischen Absatzgebieten. Italien befindet sich hinsichtlich der Versorgung mit Kohle und Koks in einer sehr bedenklichen Lage, da selbst die Verschieffungen von Kohle aus England nach dem Mittelmeer infolge der verstärkten Nachfrage Deutschlands und Frankreichs eine Einschränkung erfahren haben. Die italienische Industrie verhandelt jetzt mit russischen Interessenten, um aus den Schwarz-Meer-Häfen Kohle und Koks zu beziehen. Die allgemeine Industrie- und Handelskrise hat sich in den nordischen Ländern während der letzten beiden Monate weiter verschärft. Selbst Großbritannien und Amerika, die zunächst aus dem Ausschneiden der französisch-belgischen und deutschen Konkurrenz am Weltmarkt leichtere Absatzbedingungen für ihre montanindustriellen Erzeugnisse vorfinden, haben auf andern Gebieten, insbesondere am Markt der Textilwaren usw., neue Störungen zu suchen. Einen geringen Vorteil von den Ereignissen in Westdeutschland hat wohl die tschechische und österreichische Montanindustrie, der neuerdings große Aufträge für Lieferungen nach Uebersee und Südosteuropa zugegangen sind. Aber auch hier überwiegen in allen andern Branchen die Nachteile, die sich aus der Verringerung der Unternehmungslust am Weltmarkt ergeben. Die altpolnischen Gebiete klagen darüber, daß ihnen der Bezug obereschlesischer Kohle infolge der starken Verteuerung durch die deutschen Käufe fast unmöglich geworden sei. Ganz allgemein zeigen sich in allen Teilen der Weltwirtschaft sehr schädliche Rückwirkungen der Ruhrbefreiung, der normale Verlauf des Warenverkehrs und der Kohlenverföhrung ist allenthalben gestört und es bedarf großer Anstrengungen und bedeutender unproduktiver Ausgaben, um die entstandenen Schäden einigermaßen auszugleichen. Der internationale Arbeitsmarkt wird aller Voraussicht nach sehr bald wieder im Zeichen einer Verschlechterung stehen.

Beschäftigungsabnahme und fortgesetzte Zurückhaltung in der Anmeldeung offener Stellen festzustellen war. Unter den in größerem Umfang eingetretenen Betriebs-einschränkungen waren die Fälle der Verführung von Kurzarbeit besonders zahlreich, da nach Möglichkeit versucht wird, Entlassungen zu vermeiden. Immerhin nahm auch die Zahl der Arbeitsuchenden langsam zu, zumal die Landwirtschaft und das Holz- und Tiefbaugewerbe zum Ausgleich und zur Entlastung verhältnismäßig wenig beizutragen. Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber sind noch immer zur Aufnahme von Ungelernten oder von Industriearbeitern wenig geneigt; und im Baugewerbe hindert sowohl Kapitalmangel als auch hohe Rohstoffpreise die volle Aufnahme der Bautätigkeit. Die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger nimmt deshalb stetig zu. Trotz der an sich günstigen Bitterung war die Lage des Baugewerbes und der Baustoffindustrie sehr unbefriedigend. Die Arbeitsmarktlage in der Metallindustrie hat sich infolge anhaltender Absatzstodung und Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung allgemein erheblich verschlechtert. Betroffen wurden nicht nur mittlere und kleinere handwerksmäßige Betriebe, sondern auch bereits größere Unternehmungen. Ebenso waren fast alle Betriebszweige mit nur wenigen Ausnahmen in Mitleidenenschaft gezogen. Auch aus dem Schiffsbau kommen Nachrichten über Arbeiterentlassungen. Die Zahl der arbeitssuchenden Metallarbeiter, von denen die jüngeren Kräfte besonders schwierig unterzubringen sind, stieg dementsprechend. Selbst die Nachfrage nach Spezialarbeitern hielt sich in ganz geringen Grenzen. Die chemische Industrie ist bemüht durch Arbeitsstreckungen und durch Erledigung von Koststandsarbeiten Entlassungen zu vermeiden. Aus allen Zentren des Textilgewerbes werden weitere erhebliche Entlassungen und Betriebs-einschränkungen gemeldet. Sehr ungünstig ist die Lage auch in allen Zweigen des Holzgewerbes, der Zellstoffindustrie und Papierherstellung. Die Lederindustrie steht im Zeichen einer schweren Krise. Auch in der bisher gut beschäftigten Gummiindustrie sind für die nächste Zeit größere Entlassungen zu erwarten. In allen Teilen des Nahrungsgewerbes und Genußmittelgewerbes hat sich die Lage weiter verschlechtert. Besonders schwer liegt die Tabak- und Zigarrenindustrie danieder. Im Bekleidungs-gewerbe sind zahlreiche Einschränkungen und Stilllegungen zu verzeichnen. Alles in allem bietet der deutsche Arbeitsmarkt am Ende des ersten Quartals 1923 ein Bild rasch fortschreitender Krise.

An der Arbeitslosenzählung des Verbands im Februar beteiligten sich 912 Zahlstellen. In 111 Orten waren 982 Arbeitslose, darunter 12 weibliche, es ist dies die größte Arbeitslosigkeit, die seit Januar 1921 in unserm Verbands zu verzeichnen ist. Die Arbeitslosigkeit erstreckt sich bisher nur auf die Werkstoffindustrie. Verkürzt wurde in 52 Betrieben mit 746 Beschäftigten gearbeitet. Für die Arbeitslosenzählung im März ist bis 12. April eine gelbe Zählkarte einzusenden, alle später eingehenden Meldungen werden nicht berücksichtigt.

An die älteren Kollegen

- Es ist eine dringende Pflicht, sich der Lehrlinge, unserer künftigen Kollegen, anzunehmen.
- Sucht ihnen ihr Los zu erleichtern und nicht zu erschweren. Schützt sie vor Ungerechtigkeiten und schlechter Behandlung.
- Achtet darauf, ob der Lehrling genügend Kostgeld erhält.
- Bewahrt den Lehrling vor gesundheitlicher Schädigung, vor Raubbau an seinem Körper.
- Behandelt den Lehrling so, daß er Achtung vor euch und der Organisation haben kann, der ihr angehört.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Ein Teil Zahlstellen sind mit dem bereits seit 20. Januar fälligen Fragebogen noch immer im Rückstande. Zur Fertigstellung einer Statistik fordern wir die Zahlstellen auf, den Fragebogen ausgefüllt umgehend einzusenden.

Ausschlüsse: Auf Antrag der Zahlstelle Halle: Herm. Sperling, Franz Brand, Wilm. Mäser, Otto Büchner und Frau Büchner.

Auf Antrag der Zahlstelle Dramburg: Friedrich Henning.

Sämtliche Ausschlüsse erfolgen wegen Streikbruch.

Mit der letzten Korrespondenzblattsendung wurde das Abrechnungsformular für das 1. Quartal übermittelt.

Das Mißverhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Verbands hat Zentralvorstand und Verbandsausschuß veranlaßt, nunmehr auch den Erwerbslosenbeitrag der Gedenkwertung einigermaßen anzupassen. Im Falle der Erwerbslosigkeit (Arbeitslosigkeit und Krankheit) ist ab 1. April ein Wochenbeitrag von 50 M. zu entrichten. Im Unterstützungsweien tritt vom gleichen Termin ab folgende Venderung ein: Bei der Streik- und Gemahregelunterstützung beträgt die Zulage pro Kind und pro Tag 100 M., pro Woche 600 M.

Für Kollarbeiter kommen ab 1. April Beitragsmarken unter 500 M. nicht mehr zum Versand! Für weniger verdienende weibliche Arbeiter und Lehrlinge können noch Marken für 150, 200, 300 und 400 M. bezogen werden. Die durch diese Bestimmung ungünstig gemordenen Marken sind mit der Abrechnung zurückzusenden.

Ferner sei erinnert an die Ausführung des doppelten Beitrags für die 13. Woche zur Stärkung des Kampfsfonds. Der Lokalanteil von 20 Prozent bleibt auch von dieser Extramarke am Ort.

Beitragsmarken sind jetzt bis zur Höhe von 2500 M. erhältlich.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Halle. Für freitende Kollegen hat die Zahlstelle Erfurt 16 000 Mark, Magdeburg 5000 M., Plag Schöner (Leunawerf) 21 450 Mark und Halle'sche Kollegen haben 133 500 M. gesammelt. Allen Gebern besten Dank. Hans Patriz, Kassierer.

Felsenbach. Für den kranken Kollegen Wilhelm Mai in BÜrgstadt sind folgende Beträge eingegangen: Rauenberg 2800 M., Eichenbühl 1200 M., Felsenbach-Dorfprojekten 9600 M., Reiffenhauten 2200 M., Fautbach 2000 M., Bürgstadt 43 080 M., Kölfeld 2610 M., Freudenberg 3000 M., Miltenberg 1250 M., Großheubach 7770 M. Summa 75 010 M. Allen Kollegen, die sich an der Sammlung beteiligt haben, herzlichsten Dank. Erhard Wolf, Bezirksleiter.

Schupbach. Nachträglich gingen noch für den erkrankten Kollegen Kumpf 24 000 M. ein, so daß die Gesamtsumme 126 460 M. erreicht. Außerdem wurden auf Sammellisten innerhalb der Betriebe unsre Zahlstelle für unsern erkrankten Kollegen Lehr 142 200 M.

gesammelt und ihm überwiesen. Allen Kollegen, die sich an den Sammlungen beteiligt haben, herzlichsten Dank.

Manheim. Die Kollegen Wilhelm Orich und Heinrich Ruppert aus Seckmauern im Oberrhein haben noch Verpflichtungen gegen unsre Zahlstelle, weil die Abreise die Erfüllung anscheinend gehindert hat, wird daran ersichtlich erinnert.

Adressenänderungen.

- 1. Gau.
Bergen a. N. Borf. u. Kass.: Max Müller, Dammstr. 2, I.
- 4. Gau.
Rhünda. Borf.: Adolf Stieglitz, Nr. 30 1/2.
- 7. Gau.
Seuzen. Borf.: Michael Kiefling.
- 6. Gau.
Bühlertal. Kass.: Franz Steininger.
- 8. Gau.
Groß-Heubach. Borf.: Ludwig Schmitt.
- 9. Gau.
Nieder-Ramstadt. Borf.: Jakob Schmidt, Nieder-Beerbach, Mühlstr. 41. Kass.: Wilm. Rogmann, Waschenbach, Kreisstr. 71.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Besatz: Deutschland, Deutschland über alles?
— Von einem Deutschen —
(Berlin 1923, Verlag für Sozialwissenschaft.)

Dem Deutschlandlied des achtundvierziger Freiheitsjägers Hoffmann von Fallersleben ist ein seitliches Schicksal beschieden gewesen. Während sein Dichter wegen großdeutscher und republikanischer Gesinnung seiner Breslauer Professur entsetzt und seiner Pension beraubt wurde, okkupierten die späteren imperialistischen Machthaber gerade dieses Lied, dessen tiefer Sinn sich in den Worten ausdrückt: „Einigkeit und Recht und Freiheit...“ — Worte, die sich gewiß nicht auf das alte Deutschland anwenden ließen.

Wenn jetzt in der Flugchrift eines Deutschen die Lebensgeschichte unserer republikanischen Väter von 1848 in der dem Volk so lange verhillt geliebten Verknüpfung mit dem Deutschlandlied erzählt wird, so mag diese ausgezeichnete literarische Tat zugleich eine läuternde Legende aus dem Herzen unseres Volkes treiben und dafür neue Freude am einigenden, zukunftsweisenden Sang einziehen lassen.

Frankreichs wirtschaftliche Lage von Dr. A. von Ungern-Sternberg. Berlin S.M. 68, Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. Als willkommenes Mittel zur wirksamen Fortsetzung des Kuppelampfes bringt diese aus besten französischen und deutschen Quellen schöpfende Schrift reichhaltigstes Material über Frankreichs derzeitige wirtschaftliche Lage.

Briefkasten.

- E. W.** Auch bei diesen Kindern kommt die Ermächtigung in Frage. Die Art der Tätigkeit ist ohne Belang, maßgebend nur das Alter unter 17 Jahren.
- Trossenfurt.** Meldung beim örtlichen Arbeitsamt oder der Gemeindebehörde. Der Arbeitgeber hat das zu veranlassen. Die zweite Frage ist unklar. Läßt der Arbeitgeber einen einzelnen Kollegen voll und die übrigen verkürzt arbeiten, dann kann nur als Entschädigung dienen: besondere Arbeiten, die nur ein besonders qualifizierter Arbeiter fertigt. Beruht der Vorgang nur auf Liebedienerei, dann ist es zu verurteilen und muß im Betrieb abgestellt werden. Ein gesetzlicher Zwang zur Kurzarbeit besteht nicht.
- 1923.** Antrag auf Invalidentrente stellen beim Versicherungsamt, das Nähere teilt auf Befragung die dortige Krankenkasse mit.

Im brieflichen Verkehr mit Hauptvorstand und Redaktion die neuen Postadressen nicht übersehen!

Anzeigen

Sum sofortigen Eintritt werden
15-20 Pflasterstein-Schläger
bei Zartlobn gesucht
Martin Löwe & Co.,
Granitwerk Niederwiesenthal O/S.,
Kreis Görlitz.

Jeder kann Schrift zeichnen nach meiner Methode. F. Siegler,
Giessen (Hessen), Lohr Str. 37.

Licht. Granitarbeiter
steht sofort ein
Hermann Jagdmann, Stettin.

Steinmetzen
für Denkmäler in Sandstein und Muschel-
fall werden eingestellt
Stettiner Steinindustrie Akt.-Ges.

Chile
Für die industrielle Ausbeutung eines größeren Kiosolguhlagers wird unter günstigen Bedingungen ein Sachmann gesucht. Ausführliche Angaben über Alter, beanspruchten Gehalt, Vorbildung u. dergl. sind unter L. W. 792 an Rudolf Mosse in Leipzig zu richten.

Gestorben.

- Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt wurden.
- In **Hammelsbach** am 26. Februar der Pflastersteinmacher Jakob Schardt, 23 Jahre alt, Geschwür.
 - In **Halbach** am 27. Februar der Steinschläger Jakob Neuf, 51 Jahre alt, Schlaganfall.
 - In **Demitz** am 28. Februar der Granitknecht Emil Nietzel, 53 Jahre alt, Nierenentzündung.
 - In **Strehlen** am 1. März der Brecher Herm. Brauer, 48 Jahre alt, Lungentuberkulose.
 - In **Rimbach** am 2. März der Brecher Michel Hansl, 41 Jahre alt, Lungenentzündung.
 - In **Dresden-Bismar** am 9. März der Hilfsarbeiter Bruno Hüllmann, 47 Jahre alt, Lungentuberkulose; am 10. März der Marmorsteinmetz Franz Mühlheim, 56 Jahre alt, Grippe.
 - In **Nieder-Ramstadt** am 12. März der Brecher Peter Breitwieser, 57 Jahre alt, Schlaganfall.
 - In **Striegau** am 13. März der Brecher Paul Thomas, 45 Jahre alt, Magenentzündung; am 14. März der Granitknecht August Günther, 62 Jahre alt, Rheumatismus; am 17. März der Hilfsarbeiter Paul Thiel, 31 Jahre alt, Unfall.
 - In **Wehlar** am 13. März der Schleifer Martin Preis, 58 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden; ebenso in **Hermannstein** am 13. März der Schleifer Martin Preis, 57 Jahre alt.
 - In **Hösbach** am 16. März die Steinschlägerin Amalie Rohlf, 58 Jahre alt, Darmleiden.
 - In **Maulbrunn** am 17. März der Sandsteinmetz Friedr. Wörthwein, 37 Jahre alt, Betriebsunfall.
- Ehre ihrem Andenken

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Lindler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchverlag Aktiengesellschaft, Leipzig.